



Nazia Ansari und Sajid Ishaq (Interfaith League Against Poverty), Martina Schrott (BFA), Polizeiattaché Günther Sablattnig.



Delegation des Innenministeriums in Islamabad, betreut von Polizeiattaché Günther Sablattnig.

Heikle Mission in Islamabad

Günther Sablattnig ist seit 1. Juni 2013 als Verbindungsbeamter des Bundesministeriums für Inneres in Pakistan stationiert.

Nachdem Mag. Günther Sablattnig im Frühjahr 2013 die Lage für eine Verbindungsbeamtenstation in Islamabad sondiert hatte, wurde er mit 1. Juni 2013 für zwei Jahre als Polizeiattaché nach Pakistan entsandt. „Österreichs Interessen in Pakistan liegen in der Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung, der Eindämmung der illegalen Migration und der Unterstützung der Rückkehr und Reintegration von pakistanischen Migranten in ihr Heimatland“, berichtet Sablattnig.

Der Verbindungsbeamte stammt aus St. Veit an der Glan in Kärnten und studierte Politikwissenschaft in Wien und Bergen (Norwegen). Vor seiner Entsendung leitete er das Referat I/4/c (bi- und multilaterale Angelegenheiten) in der internationalen Abteilung des Innenministeriums und arbeitete mehrere Jahre mit den Staaten Zentralasiens zusammen. 2010 war er „Policy Analyst“ in der Abteilung für strategische Partnerschaften beim Interpol-Generalsekretariat in Lyon, Frankreich.

Auch um die Sicherheit in Österreich bestmöglich zu gewährleisten und Sicherheitsentwicklungen in Pakistan und deren mögliche Auswirkungen auf Österreich besser einschätzen und darauf reagieren zu können, eröffnete das Innenministerium ein Verbindungsbeamtenbüro. Vor der Entsendung eines Verbindungsbeamten nach Islamabad beschränkte sich die Zusammenarbeit des Innenministeriums mit

Pakistan größtenteils auf diplomatische Kontakte. Es gab Treffen auf politischer Ebene und Beamtenebene. Die operative Zusammenarbeit erfolgte über Interpol.

Südasien ist aufgrund seines Bevölkerungsreichtums und der politischen, religiösen und sozialen Spannungen für Europa und damit für Österreich ein wichtiger Akteur im Sicherheitsbereich. Pakistans Nachbarstaat Afghanistan kommt politisch nicht zur Ruhe. Die Armut in Afghanistan, gepaart mit fragilen Staatsstrukturen, großen Sicherheitsproblemen und starken radikalen Kräften, hat Auswirkungen auf seine Nachbarstaaten und auf Europa. Zudem steht Pakistan vor großen innenpolitischen Herausforderungen: Das fast 200 Millionen Einwohner zählende Land ist der weltweit größte Flüchtlingsaufnahmestaat und beherbergt rund 2,6 Millionen afghanische Flüchtlinge. Korruption und infrastrukturelle Probleme tragen dazu bei, dass sich die Wirtschaft nur schleppend entwickelt und kaum Möglichkeiten für sozialen Wohlstand der breiten Unterschicht geschaffen werden.

Attaché Sablattnig stellte zahlreiche Kontakte zu diversen pakistanischen Behörden her und unterstützte die rasche Personenidentifizierung und die Ausstellung von Heimreisezertifikaten für die Außerlandesbringung von illegalen Migranten.

„Die größte Herausforderung besteht darin, die großen kulturellen Unterschiede zu erkennen und als Brücke zwischen Wien und Islamabad zu fungieren“, sagt Sablattnig. Als Teil der österreichischen Botschaft in Islamabad arbeitet der Polizeiattaché eng mit der internationalen Gemeinschaft vor Ort zusammen und es findet ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit den anderen akkreditierten Polizeiattachés statt.

Fact Finding Mission. Eine hochrangige Delegation des Innenministeriums reiste im März 2013 unter Leitung des stellvertretenden Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit, Mag. Johann Bezdeka, nach Islamabad und führte Gespräche mit mehreren Regierungsstellen. Zeitgleich fand eine Fact-Finding-Mission des Bundesasylamts statt, die vom Verbindungsbeamten mitorganisiert und betreut wurde. Die Reise diente als Grundlage für die Erstellung eines umfangreichen Pakistan-Berichts des Bundesasylamts und bot die Gelegenheit, sich ein Bild zu machen von den Lebensumständen in Islamabad und im Punjab; der Provinz, aus der die meisten illegalen Migranten in Österreich kommen.

Die Ergebnisse der Fact-Finding-Mission dienen neben anderen Quellen als Grundlage für die Beurteilung von Asylanträgen pakistanischer Asylwerber in Österreich.